

# Flügeler Volksbote.

## Zeitung für die Interessen der sozialen Bevölkerung.

Festsprecher Nr. 333

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Festsprecher Nr. 928

Der „Flügeler Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu begießen. — Preis vierpfenniglich mit 1.60. Monatlich 55 Pfz. — Postleitzahl Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Ausgabegebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Teile 15 Pfz. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfz. auswärtige Anzeigen 20 Pfz. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Donnerstag, den 1. März 1906.

13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

### Wahlrechtskämpfe.

Über den Verlauf der Wahlrechtsdebatte im Deutschen Reichstag schreibt Gen. Franz Mehring in der neuesten Nummer der „Neuen Welt“:

In drei Schwerinstagen hat sich der Reichstag mit dem Wahlrechtsantrag der sozialdemokratischen Fraktion beschäftigt, ihn schließlich aber gegen die Stimmen der drei freisinnigen Parteien, der Bönen, der Eisässer und der Sozialdemokraten selbst abgelehnt. Es war nichts anderes zu erwarten, und vielleicht sind sogar die großen bürgerlichen Parteien, die gegen den Antrag gestimmt haben, ehrlicher gewesen als die bürgerlichen Fraktionsplitterchen, die ihm zustimmten.

Auch den freisinnigen Fraktionen darf man in dieser Beziehung nicht über den Weg trauen, und ihnen am wenigsten. Nichts töchter, als ihr gegenwärtiges Gerede, sie und ihre Vorfahren wären stets für das allgemeine Wahlrecht eingetreten, und ohne ihre Unterstützung würde dies Ziel niemals erreichen sein. Es ist bekannt, kann aber gar nicht oft genug gegenüber dem freisinnigen Bug und Teug wiederholt werden, daß der Vertrag des allgemeinen Wahlrechts durch die ehemalige Fortschrittspartei, die gemeinsame Mutter aller heutigen liberalen Fraktionen, eine historische Tatsache gewesen ist, die gerade zum politischen Bruch zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Proletariat geführt hat. Unbeschämter sogar als heute die ostpreußischen Junker pochten im Jahre 1863 die preußischen Bourgeois darum, daß ihnen das Dreiklassenwahlrecht eine ihrem Klasseninteresse durch und durch gefügige Kammer beschert hätte; eben hieraus folgerten sie, daß allgemeine Wahlrecht müsse in den Rauchfang gehängt werden, und schlugen den Arbeitern ab, die Forderung dieses Wahlrechts ins fortgeschrittliche Programm aufzunehmen. Daraus ist nun einmal nichts zu drehen und zu deuten.

Freilich hätte es keinen politischen Zweck, den Freisinnigen diese historischen Erinnerungen vorzuhalten, wenn sie sich wirklich belehrt hätten und nunmehr mit einem Nachdruck für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. Allein daran denken sie gar nicht. Es ist als ihre Anhänger wie Schnee an der Sonne zusammenzusmolzen, nicht zuletzt wegen Verleugnung des allgemeinen Wahlrechts durch die fortschrittlichen Führer, haben sie sich eines anderen beponnen, jedoch sehr im Widerspruch mit ihren Bourgeoisinfällen, durch die sie denn auch stets verhindert worden sind, je einen Trocken Schweiz im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht zu vergleichen. In der proletarischen Wahlrechtsbewegung der letzten Monate war ihr Hauptmerkmal nicht darauf gerichtet, diese Bewegung zu unterstützen, sondern im Gegenteil so weit wie möglich von ihr abzuwenden und sie durch hässliche Schimpferien zu hinterreiben. Es sei nur an den freisinnigen Streber Müggelmann erinnert, der, im mosaischen Glanzen aufgewachsen und erst im reiferen Mannesalter von den christlichen Heilswahrheiten ergriffen, auf der Reichstagstribüne über die angebliche Katholisierung des Weihnachtsfestes durch den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ so denunziatorisch heulte, daß der — ganz harmlose — Weihnachtsarzt der „Leipziger Volkszeitung“ inzwischen wegen angeblicher Aufreizung zur Gewalttätigkeit mit sechs Monaten Gefängnis bedacht worden ist.

Die Freisinnigen wollen das allgemeine Wahlrecht so, wie es niemals zu haben sein wird, nämlich durch platonische Liebeserklärungen, die sie von Zeit zu Zeit vor sich her murmeln oder aufs gebulde Papier schreiben. Sie wollen es aber nicht so, wie es allein zu haben ist: durch den Druck von außen, durch den allein Wahlrechtsreformen durchzuführen sind. Es gibt nicht ein Beispiel in der Geschichte, wo herrschende Klassen sich anders als unter einem Druck von außen dazu bewegt hätten, Zugeständnisse zu machen, und es wird diesmal nicht anders sein. Die Junker, die sich in dem preußischen Gelbsackparlament verschont haben, werden nicht eher kapitulieren, als bis ihnen das Feuer auf den Nageln brennen wird, und ein Feuer, das ihnen auf den Nageln brennt, werden ihnen die Freisinnigen niemals anzünden.

Insosfern ist es kein unerfreuliches Ergebnis, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in allen Bundesstaaten und in Sachsen-Botheningen die bürgerliche Mehrheit des Reichstages zu einer kompakten Gegnerschaft zusammengeballt hat. Dadurch wird den Arbeitern ein richtigeres Bild der ganzen Lage gegeben, als durch die Zustimmung der paar bürgerlichen Fraktionsplitterchen, hinter der nichts von jener energischen Entschlossenheit steckt, von der die Mehrheit in ihrem Kampfe gegen die Wollrechte allerhand bestellt ist. An eine Wahlrechtsreform in den deutschen Einzelstaaten, vornehmlich in Preußen und Sachsen, denken die herrschenden Klassen in ablesbarer Zeit nicht: diese Tatsache ist das Ergebnis der mehrfältigen Verhandlung, die der Reichstag über den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag geführt hat, und

es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn sich die Arbeiterklasse darüber täuschen und etwa annehmen wollte, daß sie durch freisinnige Unterstützer auch nur um die Breite eines Strohalmes vorwärts kommen könne.

Die wirklichen Reaktionäre sehen die Sache denn auch sehr richtig an. Es fällt ihnen gar nicht ein, sich um die freisinnige Förderung des allgemeinen Wahlrechts nur ein graues Haar wachsen zu lassen, wohl aber sind sie bedacht, den Druck von außen zu schwächen, ehe er seine unübersteigliche Gewalt auf sie ausübt. Hieraus erklären sich die Aufsezungsprozesse gegen die Arbeiterpresse, die jetzt überall in Deutschland wie Pilze aus dem Boden schielen, namentlich nachdem die Urteile von Breslau und Leipzig gezeigt haben, was sich mit dem lautstarken Rautschulparaphren des Strafgesetzbuches alles erreichen läßt. Die Arbeiterpresse ist dadurch gewissermaßen vogelfrei geworden, was beispielhaft auch kleinen freisinnigen Helden im geringsten bestimmt; es ist klar, daß der Druck von außen aufzuhalten muß, wenn nach gerichtlichen Entscheidungen nichts mehr gesagt oder geschrieben werden darf, was „unruhigend“ auf die bestehenden Klassen wirken könnte. Indessen tatsächlich läuft die Wirkung dieser reaktionären Kampagne doch nur daraus hinaus, die Kampfbereitschaft und die Kampfslust in den arbeitenden Klassen immer noch zu steigern; mundtot zu machen sind sie bei allem nicht, mög die Klassenjustiz auch immer mehr zur bloßen Vertreibung der Klassenherrschaft werden. So sehr wie die einzelnen Opfer belagern, die auf diesem Felde der Ehre fallen, so fallen sie doch nicht umsonst; wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, wie es alle andere Geschichte lehrt, daß kein Spaten die Plust zwischen den bestehenden und den arbeitenden Klassen so tief holt, wie die Klassenjustiz, und eben die Entwicklung, die sie völlig von den Massen der Nation trennt, sie gewissermaßen nur noch in der denkbaren dünnsten Lust atmen läßt, ist das sicherste Mittel, die herrschenden Klassen um all ihre Gottähnlichkeit bangen zu machen.

Eine wertvolle Lehre enthält die kategorische Ablehnung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrages durch den Reichstag auch insofern, als sie die proletarische Wahlrechtsbewegung vor jeder alkoholigen und einseitigen Auffassung der Gesamtlage sichert. Davor war diese Bewegung insofern nicht völlig geschützt, als wenigstens viele bürgerliche Ideologen ganz gut einsehen, daß die bestehenden Klassen sich mit der Fortdauer der preußischen und sächsischen Klassewahlwirtschaft selbst ins Fleisch schneiden, und als sie zwar nicht das allgemeine Wahlrecht, aber doch irgend eine „Reform“ wünschen, die den arbeitenden Klassen die Tür des preußischen und des sächsischen Landtags wenn auch beiseite nicht ganz, so doch halb und halb öffnet. Wäre eine solche „Reform“ das Ergebnis unserer Wahlrechtsbewegung, so wäre damit tatsächlich nichts erreicht als eine Befestigung und Sicherung der Klassenherrschaft, und es wäre zugleich eine nicht ungefährliche Verschleierung der Machtverhältnisse eingetreten. Daraus kann und aber nichts gelegen sein, und so ist es mit aufsichtigen Danke zu begrüßen, daß die große Mehrheit des Reichstags mit aller Feierlichkeit ein für allemal erklärt hat: Wir verweigern den arbeitenden Klassen das allgemeine Wahlrecht für die Einzellandstage.

Der Streit ist damit auf die historische und die politische Höhe erhoben, die ihm gebührt. Wie auf der einen Seite die Gefahr droht, daß durch einen halben Scheiterfolg eine gefährliche Selbstläufung in den arbeitenden Klassen herabgerufen werden kann, so droht auf der andern Seite die Gefahr, daß wegen der Möglichkeit, auf die Sandbank eines halben Scheiterfolges zu geraten, die Lust und Liebe zur Beteiligung an der Wahlbewegung gelähmt wird. Man hört wohl: Lohnt es denn wirklich, die ganze Kraft einer Dreimillionenpartei mobil zu machen und alle die schweren Opfer auf sich zu nehmen, die mit einer solchen Mobilisierung verbunden sind, blos um einige Mandate willen, die wir im günstigsten Falle für den preußischen und sächsischen Landtag gewinnen werden? Diese Argumentation ist nur halb berechtigt und deshalb ganz unberechtigt; wir kämpfen wirklich nicht um einen Blunder von „Wahlreform“, wie er zu haben wäre, wenn es nach der „wohlmeintenden Absicht“ der bürgerlichen Ideologen ginge, sondern wir kämpfen auch in dieser Wahlrechtsbewegung um die politische Herrschaft des Proletariats, und es kann uns schon recht sein, wenn die Gegner selbst das Ziel unseres Kampfes entstellen, indem sie uns die Waffe des allgemeinen Wahlrechts vornehmen.

Bei der Höhe, die der proletarische Klassenkampf in Deutschland erreicht hat, dürfen wir auf unmäßige Leidenschaft nicht mehr rechnen. Die bestehenden Klassen sind schon viel zu bedrängt, um sich nicht mit trüglicher Beschränktheit an die Parole zu klammern: Ihr oder wir! Aber je unmöglich der Leidenschaft werden, um so näher rückt der entscheidende Erfolg heran, um so möglicher wird die völlige Isolierung der bestehenden Klassen, die sie schließlich zur Kapitulation zwingen muß. In dieser Beziehung sind die gegenwärtigen Wahlrechtsläufe, und wenn sie selbst nicht den geringsten „praktischen“ Erfolg haben sollen, trotzdem oder auch eben deshalb von der größten Bedeutung für die politische Entwicklung der Arbeiterklasse.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Als unschuldsvoller Engel versuchte sich bekanntlich selbst der Gouverneur von Kamerun, Puttkamer, hinzustellen. Was es nun mit dieser „Unschuld“ auf sich hat, lehrt folgende Notiz des „Berl. Tagebl.“: „Die Untersuchung gegen den Gouverneur von Kamerun, Tesko von Puttkamer, ist im wesentlichen beendet. Es steht fest, daß er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt und daß er auch im Reichsdienst keine Wendung mehr finden wird. Nur in einigen Punkten ist es ihm gelungen, die gegen ihn erhobenen Klagen abzuschwächen. Zum größten Teil aber hat man seine Entschuldigungen nicht für begründet gefunden.“ — Man muß zur richtigen Würdigung dieses Untersuchungsergebnisses bedenken, daß im heutigen Klassenstaat die eine Kräfte selten der anderen die Augen ausschlägt. Wenn das hier aber anscheinend doch geschieht, dann kann man ungefähr daraus ermessen, wie groß die Schantaten des Puttkamer gewesen sein müssen.

Hoch Böhmen! Bei den Feierlichkeiten anlässlich des Einzugs der Herzogin Sophie Charlotte, der jetzigen Frau des Prinzen Eitel Friedrich, hielt auch der Berliner Oberbürgermeister Kirchner eine Rede, die verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Sie lautet: Durchlauchtigste Hoheit! Gnädigste Herzogin! Eure Hoheit wollen beim Einzuge in die königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin den ehrfürchtigsten Willkommenstrahl der städtischen Bevölkerung und der gesamten Bürgerschaft entgegennehmen. Wir begrüßen in Eurer Hoheit keine Fremde. Diese Stadt war die Heimat Eurer Hoheit hochseligen Frau Mutter und das Andenken an deren Ahnen, vornehmlich an die erhabene Heldengestalt des ewig unvergesslichen Prinzen Friedrich Karl lebt in der Seele der dankbaren Einwohner fort. Die huldvollen Worte, mit denen Eure Hoheit unseren Glückwunsch zur Verlobung zu erwidern die Gnade hatten, sind uns dafür Gewähr, daß sich Eure Hoheit in der neuen Heimat wohl fühlen und Ihr allein ein gnädiges Wohlwollen entgegenbringen werden. Mögen alle die Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche, mit denen Eure Hoheit fröhlig bewegt dem in langer Liebe gewonnenen Fürstensohne entgegenziehen, herlich in Erfüllung gehen. Der heutige Tag sei für Eure Hoheit und den durchlauchtigsten Bräutigam der Beginn einer langen Reihe reich beglückter gottbegnadeter Jahre! Wir bitten Eure Hoheit, einen Blumengruß als äußeres Zeichen der Liebe und Verehrung gnädigst anzunehmen. Ihre Hoheit die Herzogin Sophie Charlotte hoch, hoch, hoch! — Eine solche Kriegerei ist geradezu widerlich!

Die Sandwüste als Spitzbubenherberge. Um die Zuwendung lästiger Elemente nach Deutsch-Südwafrika möglichst einzuschränken, hat Gouverneur v. Lindequist ein Einwanderungsverbot erlassen und auch gleichzeitig vorläufig in Kraft gelegt. Nach einer offiziösen Erklärung der „Kölnischen Zeitung“ war der Beweggrund zu dieser Maßnahme in erster Linie der, daß sich gerade während des Aufstandes Geisindel aus allen Herrn Ländern nach Deutsch-Südwafrika gewandt hatte, und daß von allen Seiten die lebhaftesten Klagen über die Zunahme der Un Sicherheit im Schnellgebiet laut geworden waren. Das Einwanderungsverbot richtet sich durchaus nicht nur gegen Farbige, sondern trifft in ziemlich naher Anlehnung an die für Britisch-Südwafrika gültigen Bestimmungen, alle Personen ohne Rücksicht auf Staats- und Stammesangehörigkeit, die nicht als nützliche, brauchbare Einwanderer anzusehen sind, zum Beispiel Mittels- und Stellungslose, strafrechtlich Verurteilte und dergleichen. — Rechnet man also Mittel- und Stellungslose ohne weiteres mit zu dem „Geisindel“? Sollten nicht nach Melbung der Kolonialregierung unsere herrlichen Kolonien dazu dienen, vor allen Dingen Arbeitslosen Herd, Heimat und Brot zu geben?

„Nobles“ Bohndrückerinnen. Die schlimmsten Preßdrücke in der Heimarbeit sind gerade die, die es nicht nötig hätten. Srl. Behm, die Vorsteude des Berliner Gewerbevereins der Heimarbeitnehmerinnen, erklärte jüngst in einem Vortrage, bei der Besichtigung einer großen Wäschefabrik habe sie erfahren, diese Firma vergab Heimarbeit nach Hinterpommern. Dort würde die Arbeit von den Offizierinnen einerseits als kavalleristische Regiments angefertigt. Es handelt sich um gesichtete Damenfragen mit Bohndräckchen. Sie würden das Ding mit 2 Ml. bezahlen, sowohl die Berliner Firma unterrichtet sei. Es handelt sich um eine Vergabe durch eine Zwischenperson. Die Rednerin war überzeugt, daß jede Dame mit der Annahme der Arbeit nichts anderes bezwecken, als eine Handarbeit zu haben. Die Damen suchten in der Langeweile der kleinen Garçons nichts als Beschäftigung; sie dachten aber keineswegs daran, daß sie mit ihrer Arbeit als Bohndrückerinnen den armen Berliner Heimarbeitern gegenüber auftreten. Fräulein Behm verzichtete darauf, Namen zu nennen, da sie hoffte, die Damen würden ohnedies nach Bekanntwerden der Tatsachen die Arbeit aufgeben. Da wird sie wohl

gößlich warten. Ein Berliner Blatt meint ganz richtig: „Wenn sie es nicht tun, so tun es andere Frauen und Mädchen aus ihren Kreisen, und diese führen nicht nur Damenseagen, sondern sie klöppeln auch Spangen, nähen Handschuhe, fertigen Brandmalereien, bemalen Fächer und Taschen und Teller — alles für 2 Mark das Dutzend und für noch weniger. Denn auf das Gelb — sagen sie — kommt es ihnen garnicht an. Sie wollen ja nur zeigen, daß sie auch arbeiten und verdienen können, und sie wollen noch schöneres und besseres: sie wollen — sagen sie — ihren minder gut situierten Schwestern beweisen, daß es etwas herrliches ist um die ehrlieche Arbeit, daß solche Arbeit auch dem Vornehmsten zur Ehre gereicht, daß sich niemand vor ihr zu schämen braucht. Die Geheimratstochter, die fürs Geschäft Taschen und Fächer malt, oder die sich sonst als Heimarbeitlerin betätigt, ist eine ganz typische Erziehung, nicht bloß in Berlin-West, sondern auch in jeder Pensionopolis, und auch solche, rothäutige Agrarieräder vertreiben sich vielleicht in ihrer ländlichen Einsamkeit die Langeweile durch Anfertigung von Heimarbeit. Man findet in jenen Kreisen viel sogenanntes glänzendes Elend und manche höhere Tochter, manche Dame aus den „besseren Ständen“ mag die paar Groschen, die sie vom Konfessionär oder vom Zwischenmeister bekommt, bitter nötig haben, nicht bloß zur Wahrung des äußeren Scheins, sondern auch zur Beschaffung dessen, was der Mensch zu des Lebens Nahrung und Notdurft gebraucht. Aber die Frauen und Mädchen, die in der glücklichen Lage sind, den Kampf um das Dasein nicht kämpfen zu müssen, die sollten doch wirklich einen Sport verschwören, der in Wahrheit nichts weiter ist als eine Lohnbrüderei, die um so mehr zu verurteilen ist, als sie sich gegen die Armen richtet. In unserem sozialen Zeitalter, wo so unendlich viel über sozialpolitische Fragen geredet und geschrieben wird, ist es gewiß nicht zu viel verlangt, wenn man von den Frauen und Mädchen der gehobenen Kreise fordert, daß sie sich klar werden über den Schaden, den sie anrichten, wenn sie aus der schweren Arbeit, von der viele Hunderttausende leben müssen, eine nützliche Täufelstochter machen. Stehen die, welche es angeht, von der Ausübung des Heimarbeitssportes ab, so werden sie damit viel mehr Nutzen stiften, als wenn sie für die Armen tanzen oder Theater spielen.“ — Das sind gut gemeinte Worte. Aber nutzen werden sie natürlich nichts. Der Heimarbeit ist nur durch eine strenge Gesetzgebung beizukommen, die auch die Frage der Minimalhöhe regelt. Weit Hilfe der Gewerkschaften wäre es dann sehr wohl möglich, dem nimmermehrigen Profithunger des Kapitals eine Grenze zu setzen.

Mit der Fahrkartensteuer nach den Beschlüssen der Steuerausschüsse beschäftigte sich die Berliner Handelskammer in ihrer letzten Sitzung. Sie ist der Ansicht, daß sich die von der Kommission vorgelegte Belebung der Personalfahrtarten in Form eines 1/4 bezahlungswise 1/2 und 1/4 Beinig für die ersten drei Wagenklassen als eine verkehrsfähliche Maßnahme darstellt, deren Durchführung weiteren Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch dem zu Handel und Industrie gehörenden Gewerbsständen, erhebliche Opfer auferlegen und auf die Entwicklung des deutschen Verkehrsweises hemmend wirken würde. Der Kommissionsvorschlag steht in vollkommenem Widerspruch zur Tendenz der geplanten deutschen Personalreform; er ist auch nicht vereinbar mit den Bestimmungen der Reichsverfassung, deren Artikel 45 ausdrücklich neben der Gleichmäßigkeit die Herabsetzung der Taxe als das im Wege der Reichsaufsicht zu erreichende Ziel bezeichnet. Die außerordentliche Erhöhung der Fahrpreise, die die Annahme der Kommissionsschlußse mit sich bringen würde, muß schließlich zu einem Verkehrsstadium und damit zur Verengung der Eisenbahnen führen, so daß der Ertrag des Tempels zum Teil hierdurch aufgezehrt werden wird. Die Handelskammer beschloß, dem Reichstage die gegen die vorgeschlagene Besteuerung anzuführenden schweren Bedenken vorzutragen und ihn um Ablehnung des Kommissionsbeschusses zu bitten.

**Heimatpolitik!** Bei den Kämpfen um den Hollarif führten die Hochschulzöllner die Phrasen von „Heimatpolitik“, „Schutz der nationalen Arbeit“ usw. stets im Runde, darin erschöpfte sich ihre sachliche Argumentation. Mit welchem Erfolge die „Edelfeinde“ der Nation „Heimatpolitik“ trieben, lehrt die Flucht ins Ausland. Deutsche Unternehmer lassen ihre Betriebe in Deutschland eingehen, so wandern aus, um im Ausland Fabriken anzulegen, so des „Gegens“ der neuen Handelsverträge sich entziehen. In Weißert in Böhmen werden zurzeit nicht weniger als sechs neue Fabriken von deutschen Flüchtlingen gegründet, in denen Plauener Artikel hergestellt werden sollen. Außerdem werden in Weißert auch noch andere „deutsche“ Betriebe eingerichtet. In Neschwitz bei Auffzg erbaut eine sächsische Aktiengesellschaft eine Eisfabrik. Von deutschen Unternehmern ist ferner berücksichtigt, im Aufziger oder Teplitzer Gebiete eine Drahtseilapparatefabrik zu gründen. Eine reichsdeutsche Firma will in Tetschen eine Zugsalzkarbonatfabrik bauen, und so fort — zum Ergänzen der „Schützer der nationalen Arbeit“! Dass den deutschen Arbeitern bei Brüderlichkeit, bei Verminderung der Arbeitsgelegenheit, bei erhöhtem Steuerdruck auch noch die politischen Freiheiten weiter beschnitten werden sollen, gehört zur herzlichen, leuchtenden, reichsdeutschen Heimatpolitik der Junker und Industriellen.

**Keine Amnestie.** Allgemein hatte man angenommen, daß ausdrücklich der gestrigen Hoffnungsleiter in Berlin eine Amnestie erfolgen würde. Diese ist jedoch bis jetzt noch nicht eingetreten.

**Der Untergang eines deutschen Gelehrten.** Gegen den preußischen Schulgesetzentwurf, dessen grundlegende konfessionelle Bestimmungen jüngst von der Kommission des Abgeordnetenhauses angenommen worden sind, erklärt jetzt ein bekannter deutscher Gelehrter einen öffentlichen Aufruhr. Es ist der Doktor der Theologie und Professor an der Universität in Jena, Wilhelm Stein, der im „Taag“ unter der Überschrift: „In letzter Stunde“ die Gefahren schildert, mit denen die preußische Schulrektion nicht bloß das preußische Volk, sondern vielmehr das ganze Deutsche Reich bedroht. „Der Untergang“, schreibt Professor Stein, „ist ein Produkt der Kleinstadt, der Engherzigkeit, der Angst, des Mangels an Vertrauen zur menschlichen Natur, an deren

Stelle eingehende papierne Vorschriften gesetzt werden. . . . Haben wir Deutschen deshalb drei Menschenalter durchwunden müssen, um diesen Schulentwurf zu töten? Wahrsch, es ist schwer, den Glauben an den Genius unseres Volkes nicht zu verlieren. Vor hundert Jahren eine gesittige Bewegung und vorwärts trieb zu einer höheren Stufe des nationalen Lebens. . . . Was aber haben die Gemeinden heute verloren, daß man ihre Beweglichkeit einschränkt und das Recht freier Selbstbestimmung in Dingen des Bildungswesens so gut wie aufheben will?“ Doch nicht nur an die Gemeinden wendet sich Mein, sondern mehr noch an die Eltern. Ihnen ruft er zu: „Ebenso sollen die Familien sich erheben und einstimmig dem Staat erklären, daß er ihnen nicht vorschreiben darf, wie sie die religiöse Erziehung ihrer Kinder einrichten wollen. Zur Selbstverwaltung der Gemeinde gehört die Wahrung der Gewissensfreiheit der Eltern dazu. Wer auf Gewissensfreiheit Gewicht legt, muß fordern, daß der religiöse Charakter der Schule allein abhängt gemacht werde vom Willen der Eltern.“ Dann aber wendet sich Mein gegen jene staatsverhindernden Patrioten, die reaktionäre Gewalten, deren Macht im Schwinden begriffen ist, durch mißhafte Kompromisse zu stützen suchen und lehrt sie, was wahre Vaterlandsliebe sei: „Man kann nicht Weltpolitik treiben und die Kräfte im Innern lähmen. Woher sollen denn Frische, Freidigkeit, Unternehmungslust und Wagemut kommen, wenn die Gewissens- und Bewegungsfreiheit derer gebunden wird, auf denen die Aufgabe ruht, die Produktionskräfte für den Wettkampf unter den Völkern zu wecken und zu föhlen? Die kirchliche Bindung der Geister, die Unterwerfung der Gemeinden unter die Staatsomnipotenz ist nicht der rechte Weg dazu . . . Nun sind wir auf einem Punkt der Entwicklung angelangt, wo man die Schule von der Kirche vollständig unabhängig machen und den Gemeinden volle Selbstverwaltung unter Oberaufsicht des Staates geben muß. Ein Schulgesetz, das die Zeichen der Zeit verfehlt, hat die Bahn hierfür freizumachen. Der vorliegende Entwurf verschließt sie. Deshalb muß er von allen zurückgewiesen werden, die ihr Volk lieben, die nicht an einer Gegenwart kleben, die zu klein befunden wird, sondern ihren Blick in eine große Zukunft richten, in der äußere und innere Politik zusammenfinden. Diese Hoffnung wollen wir nicht verlieren. Wer aber auf die Irrgänge des vorliegenden Schulgesetzentwurfs sich einläßt, dem müssen wir zufügen: »Lasciate ogni speranza, voi ch'entrare — Laßt, die ihr eingehet, jede Hoffnung scindet.“ — So schreibt ein deutscher Universitätsprofessor, sogar noch ein Doktor der Theologie, über den preußischen Schulgesetzentwurf, der von anderer Seite als ein blauer patriotischer Gesetzgebung gepriesen wird. Sein Name ganz so, wie wir vaterländischen Gelehrten, erklärt er diesen Gesetzentwurf als einen Verrat im Volle, betont ganz so wie wir fordert er die Eltern auf, für ihre Kinder Partei zu ergreifen, und gegen den Mehrheitswillen des Dreiklassensystems zu rebellieren. Wird jetzt vielleicht auch er mit dem Staatsanwalt Belohnung machen dürfen? Jena ist von Erfurt nicht so weit — und wenn die „Erfurter Tribüne“ die Familien aufgefordert hätte, sich zu erheben, so hätte sie ganz gewiß zu ihren sieben Anklagen eine acht im Haup. Ja, Professor Stein hat Recht, kein Arbeiter zweifelt daran. Die Dinge liegen genau so schändlich, wie er es sagt. Und auch dann hat er recht: es ist nicht nur Bürgerpflicht, sondern menschlich natürliche Pflicht der Eltern, ihre Kinder vor Drillkultur Verpfissungsgelüsten in Schutz zu nehmen. Daher hat die preußische Wahlrechtsbewegung ihren Ausgang genommen, daß sich die Arbeiter sagten, niemand anderer dürfe über das Schicksal ihrer Kinder entscheiden als sie selbst. Aber wie hat der preußische Staat, wie haben die bürgerlichen Schichten Preußen-Deutschlands auf dieses menschlich-natürliche Verlangen geantwortet? Mit Hohn und Spott, mit Mobilmachungen und Ullagen! Die „gebildete Gesellschaft“, die solchem Vorgehen bestallt, statt ihre Stellung auf Seiten der Arbeiterklasse zu nehmen, hat damit einen Aufstand geistiger und sittlicher Verkommenheit bewiesen, der von den herrschenden Klassen keinen anderen Landes der Welt erreicht wird. Herr Professor Stein mag's sagen, wenn's anders ist, er wird kaum den Mut haben, zu widersprechen. Je wohler es tut, in solcher Zeit der Verwahrlösung die Stimme eines deutschen Idealisten zu hören, wie er einer ist, desto grimmiger muß sich der Horn regen wider jene andern, die Blüggenchristen, die Wortidealisten, die Scheingelehrten und Heuchelpatrioten, die das volksfeindliche Werk fördern oder lateilos beiseite sehen. Herr Stein hat recht: „das Vaterland“ ist in Gefahr, aber ein Patriotismus, wie der seine, der keinen Profit und keine Orden bringt, wird unter seinen Standesgenossen wenig Aufhang finden.

**Der Stummelkanal wird gebaut!** Der Hannoversche Provinziallandtag hat die Binsgarantie für die Baukosten und Betriebsunterhaltung des Rhein-Weser-Kanals für die auf das Gebiet der Provinz Hannover entfallende Baustrecke angenommen. Vorher war in die Vorlage auf Betreiben der agrarischen Delegierten eine Erhöhung der provinzialen Aufwendungen für den Wegebau zugunsten der von dem Kanal nicht berührten Landestelle aufgenommen worden. Natürlich soll diese „Kompensation“ nur die goldene Brücke bilden, auf der die Agrarier ihren Übergang auf das Ufer der Kanalstrecke bewerkstelligen. Die Städtevertreter opponierten diesem agrarischen Zusatzantrag nur aus formellen Gründen. Der Oberbürgermeister Strudmann von Hildesheim machte sich den Scherz, die Agrarier daran zu erinnern, daß er mit seinen Forderungen vermehrter Aufwendungen für Wegebauten seit Jahren gerade von ihrer Seite im Stich gelassen sei. „Diejenigen, die sich an der Krippe satt gegessen hatten, besahen nicht soviel Unzerriggleit, um auch anderes etwas zu gönnen.“ rief der Oberbürgermeister den agrarischen Delegierten fastlosig zu. Damit hat er die Szene zutreffend beleuchtet. Es handelt sich hier, wie stets in der „inneren Politik“ tatsächlich um einen Streit an der Futterkrippe, einen Streit zwischen Junker und Bourgeois, und die Regierung hat nur für Frieden im Stall zu sorgen. Das hat sie auch diesmal getan. Als Dr. Hahn, der jenen Antrag eingereicht, seine Rede beendet hatte, nahm ihn Oberpräsident Dr. Wenzel beim Arm, und beide, sowie der Handelsdirektor Lichtenberg und Stadtbaudirektor (Oberbürgermeister) Tramm-Hannover, zogen sich eine längere Zeit zwecklos nicht zu einem Slat zu Bieren, in ein Nebenzimmer zurück. Auf

den Gedanken des wieder eintretenden über mal sich die Befriedigung über die erste Verständigung, die jüngst durch Annahme der Vorlage befreit wurde. Gerade auf dem in seiner Mehrheit stodagrarisches hannoverschen Provinziallandtag hatten die Hanseleute ihre Hoffnungen gebaut; der Vorsitzende des Bundes, Dr. Diederichs, ließ sich eigens in diese Agrarkammer wählen, um den Ansturm gegen die „Hanse“ stößischer zu leiten. Jetzt hat er selber das Zeichen zum Umtaum gegeben. Die Agrarier sind sich redlich und haben nicht den Mut, der agrarischen Regierung ihres zärtlich geliebten Hansestaats auch noch den körnig gebliebenen armeligen Monatsummel aus der Hand zu schlagen. Die Provinzen Rheinland und Westfalen haben die auf sie entfallenden Teile der Bins- und Betriebsgarantie bereits übernommen.

### Russland.

**Die Verhöhnungsbücher der russischen Regierung macht Fortschritte.** Den „Times“ wird aus Petersburg mitgeteilt, daß vom 7. Januar bis zum 7. Februar acht und siebzig Befreiungen suspendiert wurden. 58 Rebukturen wurden verhaftet. In 62 Orten wurde der Belagerungszustand erklärt. Es wurden 1400 Personen hingerichtet. Die Zahl der polizeifangenisse eröffnet. 2000 Post- und Telegraphbeamte wurden aus dem Dienste entlassen. Das durch die agrarischen Unruhen zerstörte Eigentum soll einen Wert von 120 Mill. Mark repräsentieren. In Nowotscherask wurde ein Priester verhaftet, weil er in einer Predigt gesagt hatte, das Land gehöre Gott.

**Unterdrückte Meuterer?** Bei der Flotte des Kaspiischen Meeres meuterten die Matrosen, ergaben sich aber, als Kosaken und drei Infanterieregimenter, mit Maschinengewehren bewaffnet, gegen sie anrückten.

### Frankreich.

**Die Krawalle, die sich in verschiedenen Städten anlässlich der Inventuraufnahme in den katholischen Kirchen abspielten, beschäftigten gestern den französischen Senat. Goulaure (Rechte) interpellierte die Regierung über die Vorfälle bei der Inventuraufnahme in über der Kirche St. Servan und sprach sein Bedauern darüber aus, daß man Offiziere in die Notwendigkeit versetze, zwischen dem Gouvernement gegenüber ihrem Glauben und dem Gouvernement gegenüber dem Gesetz zu wählen. Die Armee dürfe derartigen Austrägen nicht benutzt werden. Der Minister des Innern Dubois erwiderte, die Verantwortung für die bei der Inventuraufnahme vorgekommenen Ausschreitungen treffe diejenigen, die im Interesse der Wahlagitation das Trennungsgesetz als Vorwand gebrauchen, um das Land zu beunruhigen. Der Minister versicherte, die Gendarmerie habe nicht genugt, und man sei deshalb gezwungen gewesen, Militär einzusetzen. Offiziere hätten eine militärische Pflicht zufüllen müssen. Wenn Sie heute, sagte der Minister, die Offiziere zum Antimilitarismus auffordern, was würben Sie dann morgen den Antimilitaristen an, die zur Defektion aufzutreten? Der Minister schloß mit der Erklärung, daß die Regierung entschlossen sei, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Damit war der Zwischenfall erledigt. — Dieselben Leute, die hier voller Entrüstung standen über die Verwendung des Militärs, standen es ganz in der Ordnung, wenn bei Streiks aus wichtigen Anlässen seltens des Militärs handelt es sich allerdings nur um Proletarier und nicht um hochgeborene Röwdy.**

### England.

**John Burns in Hofstracht.** Wenn bei Beginn der ministeriellen Bausaison des ehemaligen „Genossen“ John Burns herborgehoben wurde, daß er, der „einfache Arbeiter“, zum Empfang bei dem Ministerpräsidenten nicht in Hofstracht, sondern im gewöhnlichen Gehrock erschienen sei, so hat sich John Burns sehr bald eines oberen Gehrocken lassen. Dieser Tage war Morgenempfang beim König Eduard. Hierzu waren alle Minister erschienen, unter ihnen auch John Burns, und zwar, wie in einem englischen Blatte erzählt wird, in der bekannten dunkelblauen, goldgestreiften englischen Hofstracht.

### Afien.

**Die findigen Japaner rissen sich zum Herzen der Russen in Bladivostok ein.** So meldet die „Peterburg-Teleg.-Agentur“ aus Ostasien: Trotz der Ankunft einer großen Zahl von Handelsdampfern fehlt es in Bladivostok an vielen der notwendigsten Waren. In letzter Zeit macht sich ein bedeutender Zustrom von Japanern und ihrer Erzeugnisse bemerkbar und auf dem Markt eisernen neue Sorten japanischer Manufakturwaren, die vor dem Krieg nicht zu sehen waren. Die Japaner bringen auch Fleisch an den Markt, die nach russischer Art geräuchert sind.

### Übed und Nachbargebiete.

**Mittwoch, den 28. Februar 1906.** **Zugzug nach den Möbelfabriken von Binsen u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstrand und Ad. Hess** ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hilfsarbeiter streng fernzuhalten.

**Zugzug von Werstarbeitern nach Mostovsk ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!**

**Achtung, Gewerkschaftsklassierer!** Der Klassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Sonnabend, Freitag und Sonntag in dieser Woche im Vereinshaus zur Entgegennahme der Beiträge anwesend sein.

1906 weist folgende Einnahmeposten auf: Domänen 764 680,91 Mt., Binsen und Dividenden 373 700 Mt., Anteil an Reichseinnahmen 341 570 Mt., Steuern, Abgaben und Gebühren 4 425 415,52 Mt., Kanalverwaltung 64 710 Mt., Schulen 660 352,62 Mt., Öffentliche Wohlfahrt 277 000 Mt., verschiedene Einnahmen 943 102,67 Mt., zusammen 7 750 531,73 Mt. Die Ausgaben weisen u. a. auf: Gerichte 399 868,71 Mt., Polizei- und Gefängniswesen 649 109,99 Mt., öffentliche Bauten, Lotteriewesen, Kanalverwaltung 1 013,524 Mt., Kirchen 8607,38 Mt., Schulen 1 840 592,28 Mt., Staatsschuld 1 808 499,22 Mt., zusammen 7 852 529,41 Mt.

Gegen die Errichtung eines Krematoriums hat sich die zum Zwecke der Neuregelung des städtischen Begräbniswesens eingesetzte Kommission in ihrem soeben verfassten Bericht ausgesprochen. Es heißt dort: „Endlich ist der Kommission durch Verfügung vom 1. März v. J. eine an den Senat gerichtete Eingabe des Vereins für Feuerbestattung in Lübeck vom 21. Februar v. J. betr. Errichtung eines Krematoriums hierfür, zur Beurteilung überwiesen worden. Die Kommission meinte aber, diesen Gegenstand lediglich nach seiner finanziellen Seite zu prüfen und ihre Zuständigkeit nicht darüber hinaus erstrecken zu dürfen. Sie kam nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis, daß bei den anerkannt hohen Kosten einer Leichenverbrennungsanlage und den bislang erfahrungsgemäß nur geringen Benutzung an anderen Orten, die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage durch die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage durch die städtische Verwaltung zur Zeit wenigstens schon mit Rücksicht auf die sich jeglichen Schätzungen entziehenden finanziellen Wirkungen nicht einzuholen werden kann.“

**Vom Flottenkoller.** Dem Amtsblatt liegt wieder einmal ein Flugblatt des Deutschen Flottenvereins bei, in welchem es u. a. heißt: „Die Minderwertigkeit ist unserer gesamten Materialien an großen Schiffen, namentlich U-Booten, ist weltwidig. Und dieselbe Marineleitung tritt heute vor den Reichstag und fordert: nicht den Stern, sondern die Schale, nichts als die Schale, Panzerkreuzer und Torpedoboote. Die Stimmlung des gesamten deutschen Volkes endlich zeigt, daß es sich des Ernstes der Zeit, den die Thronrede vom 28. November und die Kanzlerrede vom 6. Dezember 1905 annimmt, bewußt und fest entschlossen ist, ohne Rücksicht auf Parteikontroversen bedingungslos alles für die Flotte herzugeben, was von ihm verlangt wird. Die verbündeten Regierungen haben unterlassen, es zu verlangen; sie haben diese Stimmung nicht ausgenutzt. Aus allen diesen Gründen muß das deutsche Volk selber aufstehen und das Versäumte nachfordern: den sofortigen Erfolg der minderwertigen Schiffe durch vollwertige Kampfschiffe allererster Ordnung. Die doppelte Zahl von Linienschiffen und Panzerkreuzern muß jährlich auf Stapel gelegt und die Bauzeit auf das kürzeste mögliche Maß beschränkt werden. Eine starke Kriegsflotte fordert nicht einmal größere Opfer, als man jetzt von uns verlangt, wenn der § 16 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 aufgehoben würde, der uns alljährlich Dutzende von Millionen Mark auf Vorrat festlegen soll, für eine künftige Witwen- und Waisenversicherung.“ — Ist es Wahnsinn auch, so hat es doch Methode. Das deutsche Volk, welches in dem Flugblatt missbräuchlich tituliert wird, besitzt glücklicherweise noch so viel gesunde Vernunft, um sich von solchen Ausbrüchen des Flottenkollers fernzuhalten. Fort mit dem Marinismus, der den Kulturaufgaben unheilige Summen entzieht, so lautet seine Parole!

**Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft** hat mit dem Freistaat Lübeck einen Vertrag, betr. Austausch von Grundstücken abgeschlossen, in dem es heißt: „Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft gibt an den Staat in Lausitz von ihrem gegenwärtigen Fabrikgrundstück zum Zweck der Ufer- und Straßenregulierung 39 a 80 qm und von ihrem mit dem Fahrzeuggrundstück nicht in Verbindung stehenden Hinterland in Vorwerk 3 ha 80 a 80 qm, zw. 4 ha 20 u 66 qm. Der Staat gibt an die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 1 ha 67 qm lastenfrei. Dieses Gelände grenzt an das jetzige Fabrikgrundstück der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Es enthält insbesondere den bisherigen Wasserbauplatz des Staates. Vom Wasserbauplatz hat der Staat bis zum 1. Juli 1906 einen so großen Teil, als er von der Wasserbaubehörde entbeamt werden kann, den Rest spätestens zum 1. Juli 1907 der Maschinenbau-Gesellschaft zu übergeben. Das hierin ferner enthaltene Straßenzreal der Carlstraße, 7 ha 64 qm, bleibt so lange in der Straßennutzung, bis und soweit die Straße als solche aufgehoben wird. Bei jedem Verkauf des ganzen Grundstücks der Maschinenbau-Gesellschaft oder eines Teils desselben steht dem Staat das Verkaufsrecht zu. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft zahlt an den Staat 150 000 Mk. nach sechsmonatlicher Rundigung. Die Rundigung ist abgeschlossen bis zum 30. Sept. 1925. Bis dahin ist das Kapital mit 3½ Proz. zu verzinsen. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ist jedoch berechtigt, schon vorher in Teileinheiten von mindestens je 15 000 Mk. das Kapital aufzuzahlen. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft bestellt für diese 150 000 Mk. dem Staat auf dem Laufgrundstück eine Hypothek von gleicher Höhe. Für den Fabrikbetrieb wird dagegen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und deren Rechtsnachfolgern vor ihrer neuen Ufergrenze eine 15 Meter breite Wasserfläche als Schiffsliegeplatz eingeräumt werden. Außerdem wird noch der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und ihren Rechtsnachfolgern das Lösch-, Liege-, Lade- und Ablaufrecht an der neuen Ufergrenze für den eigenen Fabrikbetrieb unentgeltlich eingeräumt. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft bezahlt deren Rechtsnachfolger hat die neue wasserseitige Ufergrenze durch ein Wasserwerk oder eine Ufermauer, wie im Vertrage des näheren beschrieben, auf ihre Kosten zu befestigen und zu unterhalten. Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft hat die Gebäudeteile, die auf dem von ihr in Lautsch gegebenen, an der Carlstraße gelegenen Grund und Boden sich befinden, auf ihre Kosten abbrechen zu lassen. Der Staat hat, sobald die Freilegung erfolgt ist, die Verbindungsstraße vom Hafengleise bis zur Carlstraße bis spätestens zum 1. Oktober 1906 herzustellen. Der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft wird die Zuführung ertheilt, daß sie für alle Fabrikgebäude, die sie bis 1914 auf ihrem Fabrikterrain ausführen, von der Zahlung der in Aussicht genommenen Neubaubräge für Industrieanlagen befreit bleiben soll. — Die Generalversammlung der Lübecker Maschinenbaugesellschaft, die hier gestern tagte, genehmigte nach längerer Debatte den Vertrag mit einigen Abänderungen. Es wurde weiter beschlossen, 20 Prozent Dividende zu verteilen. Von einer Erhöhung der Arbeitserlöse wurde nichts gesagt.“

**Stadttheater.** Auf das morgige Gaffspiel des Herrn Benner in als Eleazar in der „Jüdi“ wird hierdurch nochmals hingewiesen. Der ausgesuchte Künstler hat ein Amtrecht auf ein volles Haus. Am Freitag gelangt das Gaffspiel „Die goldene Eva“ zur Aufführung.

**Erennung.** Der Senat hat den Kanalisten der Senatskanzlei F. F. W. Ahrens zum Registratur der Senatskanzlei ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. März d. J. festgesetzt.

**Ein Beitrag der Landgemeinde Schlutup** beantragt der Senat bei der Bürgerschaft, und zwar ist der Senat der Überzeugung, daß die vorwiegend auf bürgerliche Verhältnisse ausgerichtete Landgemeindeordnung für die Industrie-Ostschlagt Schlutup in mancher Beziehung nicht mehr reicht. Es soll für Schlutup eine Gemeindeordnung nach Trevernschuler Muster geschaffen werden. Mit seinem Antrag kommt der Senat mehrfach geäußerten Wünschen der

in Betracht kommenden Einwohner entgegen. In Zukunft sollen die Ortschaften Brandenbaum, Westloe, Altlauehof und Hohemühle sowie event. Sparrenmühle die Landgemeinde Westloe bilden, während die Landgemeinde Schlutup aus der Dorfschaft und der Dorfsiedlmark Schlutup bestehen wird.

**pl. Wäsed Gewissen.** Am 30. Januar d. J., nachmittags gegen 2 Uhr, bot ein unbekannt gebliebener, anscheinend dem Hafenarbeiterstande angehöriger Mann bei einem Produkthändler ein gebrauchtes Schiffstau zum Kauf an. Wie der Händler Anstalten traf, über die Angaben des Mannes und über die Herkunft des Tauges Erkundigungen einzuziehen, warf er das Tau auf den Fußboden und lief davon. Das Tau führt zweifellos aus einem Diebstahl her. Es kann im Bureau der Kriminalabteilung berichtet werden.

**pl. Gardinenbrand.** Im Hause Breitestraße 20 entstand gestern nachmittag gegen 5½ Uhr ein Gardinenbrand durch die Unvorsichtigkeit eines Schülers. Das Feuer wurde durch Haushbewohner im Entstehen gelöscht, so daß die Feuerwehr nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchte.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Ein Arbeiter und ein Schlosser, die gegen ihren Logismirt eine wissenschaftliche Anzeige erstatteten, wurden festgenommen. — Gegen einen Bauarbeiter aus Borwinkel wurde eine Anzeige wegen Verbrechens nach § 176 erstattet. Er wurde festgenommen. Ein hiesiger Schlosser wurde wegen eines Vergehens nach § 182 des St.-G.-B. zur Anzeige gebracht. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Schuhmacher aus Mölln i. L. der seitens des Groß-Umstädter Amtsgerichts in Gnoien wegen Betriebs stachelschärflich verfolgt wird.

**Schwartau.** Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag den 1. März statt mit der Tagesordnung: Besprechung der Wahlen und sonstiger dringender Angelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist notwendig.

**Hamburg.** Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in einem Geschäftshause am Kaiserhöft. Der Arbeiter Beese wurde dort von einem Fahrstuhl derart gequetscht, daß er im St. Georgen Krankenhaus, wohin man ihn geschafft hatte, starb. Zeugen des Unglücksfalls sind nicht vorhanden. Nach der Sachlage glaubt man, daß B. vor dem Fahrstuhl aufgekommen ist, sodass sein Kopf in den Schacht hineinging. Der nächstfolgende Aufzug des Fahrstuhls durfte dann die tödlichen Verletzungen verursacht haben. — **Lodz-Stütz.** Sonntag abend schaute plötzlich in der Barcastraße das Pferd einer Drosche und rannnte die Straße entlang. Bei der Jagd löste sich das Verderb der Drosche, in der Fahrgäste saßen, und fiel zur Erde. Schließlich wurde über der wildgeworfenen Gaul von Passanten zum Halten gebracht. Nun erst stellten die Fahrgäste fest, daß der Kutscher fehlte. Sie suchten nach ihm und fanden ihn bewußtlos auf der Straße liegen. Es wurde für seinen Transport ins Krankenhaus gesorgt, wo er aber bald nach seiner Einlieferung verstarb. Er hatte einen Schädelbruch und andere innere Verletzungen erlitten.

**Niel.** Gestern Montag nachmittag wurde bei Torpedoschießübungen auf der Außenförde eine Minenfalle des Kreuzers „Friedrich-Wilhelm“ von einem durchgehenden Torpedo getroffen und sank. Die Bekämpfung wurde gerettet. Die Werte hat die Bergungsarbeiten in Angriff genommen.

**Flensburg.** Eisenbahnunfall. Laut amtlicher Meldung entgleiste gestern Morgen 6½ Uhr auf der Kleinbahn Flensburg-Kappeln zwischen den Stationen Stenderup und Gelting die Maschine des Zuges 4 infolge Schienenbruches. Personen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist unbedeutend. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

**Güstrow.** Ein militärisches Idyll. Wegen Missbrauchs seiner Dienstgewalt, falscher dienstlicher Meldepflicht und Unterschlagung zum Nachteil eines Untergebenen ist der Wachtmeister Sch. von dem in Güstrow liegenden Feldartillerieregiment Nr. 24 angeklagt. Um seinem Bekannten, dem in Güstrow wohnenden Sattlermeister B., gefällig zu sein, hat er ihm den Kanonier N., der von Beruf Sattler ist und früher bei B. in Arbeit gestanden hatte, vom Frühjahr v. J. bis zum Herbst zum Arbeitnehmer überlassen lassen. zunächst hat N. noch in der Kaserne gegessen und geschlafen, aber bald darauf Wohnung und Bettstättigung bei seinem Meister bezogen. Trotzdem sind die Menagegelder für N. und dessen Lohnung immer weiter bezahlt worden. Wo die Menagegelder geblieben sind, weiß niemand, die Lohnung des N. hat Sch. regelmäßig an sich genommen, um sie „aufzubewahren“. Wenn von höherer Stelle nach dem Kanonier N. gefragt wurde, hat der Wachtmeister stets falsche Angaben gemacht. Nachdem N. im Herbst zur Reserve entlassen war, lief von dem Gewerkschaftskartell in Güstrow ein Schreiben beim Regiment ein, worin über die dienstwidrige Verwendung des Kanoniers N. Beschwerde gestellt wurde. Sch. dem das Schreiben zur Erklärung gegeben wurde, ließ es drei Wochen lang liegen und erläuterte dann seinem Batteriechef, daß N. vom Regiment zur Ziellarbeit beurlaubt gewesen sei. Nun zahlte Sch. dem N. auch schleunigst die aufbewahrte Lohnung aus. Bald kam ein ameister Brief an das Regiment, der ebenfalls den Fall des Kanoniers N. behandelte, und darauf wurde der Wachtmeister in Untersuchungshaft genommen. Das Kriegsgericht der 17. Division hat ihn von der Unterschlagung freigesprochen, ihn aber im übrigen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt, denn er hält auch die Unterschlagung für vorliegend, meint, daß auch im übrigen die Strafe zu gering ist, und hält die Degradation für erforderlich. Der Vertreter der Anklage hält die Unterschlagung für erwiesen und beantragt eine Gefamistrafe von 6 Monaten Gefängnis und Degradation. Das Oberkriegsgericht erkennt auf 5 Monate Gefängnis, sieht aber von der Degradation ab.

**Strelitz.** Eine schreckliche Roheit wurde dieser Tage auf der hiesigen Amtsfreiheit begangen. Als ein dortiger Einwohner morgens sein Schwein füttern wollte, stand er da noch junge Tier mit blutendem Kopf vor. Er ließ einen Tierarzt rufen, der feststellte, daß dem Schwein beide Augen ausgestochen waren. Das auf so entsetzliche Weise aufzuhandlungte Tier ist bald darauf verendet.

**Oldenburg.** Schon seit einer Reihe von Jahren ist seitens der beiden Fürstenhäuser der Wunsch geäußert worden, eine Vereinsfachung der Verwaltung bezw. eine Verbesserung derselben herbeizuführen. Insbesondere im Fürstentum Lübeck ist dieser Ruf von Jahr zu Jahr lauter geworden. Aber auch aus Birkensfeld (Abg. v. Hammerstein) äußerte man sich sehr sympathisch über diese Angelegenheit. Art. 212 § 1 des revidierten Staatsgrundgesetzes, welcher lautet: „§ 1. Ein Beschluss des Landtages, wodurch eine Änderung des Staatsgrundgesetzes oder ein Zusatz zu demselben beantragt oder zugestanden wird, erfordert:

1. daß ein Abgeordnetenwahl stattgefunden hat, gefaßt werde; 2. daß der Tag der Abstimmung jedesmal acht Tage vorher angesetzt werden; und 3. daß wenigstens drei Viertelteile der einberufenen Abgeordneten an der Abstimmung teilnehmen“, stand dem bisher entgegen und bedurfte einer Änderung. Dem Drängen der Fürstenhäuser nachgebend, ließ die Staatsregierung bereits dem 29. Landtag eine Vorlage augeben, nach welcher der Artikel 212 des Staatsgrundgesetzes keine Anwendung findet auf Beschlüsse des Landtages, welche zum Zwecke einer finanziellen Vereinigung des Herzogtums mit den beiden Fürstentümern, oder mit einem derselben seitens des Landtages gefaßt werden. Der 29. Landtag hat diese Vorlage auch angenommen. Der 30. Landtag wird sich nun in seiner nächsten Plenarsitzung am Montag den 5. März mit dieser Vorlage beschäftigen. Es ist noch nicht vorzusehen, welches Schicksal der Vorlage beschieden ist, da der Verwaltungsausschuss sich in eine Mehrheit (3 Abgeordnete) für und eine Minderheit (6 Abgeordnete) gegen die Vorlage geteilt hat. Insbesondere sind es die Abgeordneten aus den Fürstentümern, welche dagegen sind; so sind die Abgeordneten aus Birkensfeld alle vier dagegen, aus Lübeck drei (Abg. Bock, Gutin, Bock-Bansdorf und Tewes). Die Staatsregierung gab auf eine Anfrage des Verwaltungsausschusses, die Fürstenhäuser vor Überrumpfung und Vergewaltigung in Zukunft zu schützen, folgende Erklärung ab: „Mit höchster Genehmigung gebe ich namens der Staatsregierung zur Vorlage Nr. 8, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreff. Änderung des revidierten Staatsgrundgesetzes folgende Erklärung ab: Mit höchster Genehmigung gebe ich namens der Staatsregierung zur Vorlage Nr. 8, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreff. Änderung des revidierten Staatsgrundgesetzes folgende Erklärung ab: Die Staatsregierung gibt die Erklärung ab, daß sie dem Landtag nur dann eine Vorlage über die Einführung einer finanziellen Vereinigung des Herzogtums mit den Fürstentümern Lübeck und Birkensfeld oder mit einem dieser Fürstentümer machen wird, wenn entweder der Provinzialrat des beteiligten Fürstentums oder zwei aufeinanderfolgende Landtage, mit dazwischen liegenden Neuwahl, zugestimmt oder einen dahingehenden Antrag an die Staatsregierung gerichtet haben. Ergebt sich Substrat, Finanzminister.“

**Oldenburg.** Im Fürstentum Lübeck besteht seit einer Reihe von Jahren eine Verordnung, nach welcher den Wirtin nur an siebzehn von der Regierung in Gutin festgesetzten Sonntagen Tanzlaubnis erteilt wird. Jeder Wirt erhält nun jährlich zweimal an den von der Regierung festgesetzten Sonntagen Tanzlaubnis. Außerdem darf auch in der Advents- sowie Fastenzeit im Fürstentum nicht getanzt werden. Um diesem seit Jahren recht fühlbaren Verlustland abzuholzen, petitionierten die Mitglieder des Wirterverbandes für das Fürstentum: 1. um freie Wahl der beiden Tanzsonntage, 2. um Aufhebung des Verbots während der Advents- und Fastenzeit. Auf eine Anfrage des Verwaltungsausschusses an die Regierung folgende Antwort: Die Staatsregierung glaubt an der bewährten Einrichtung bestimmter Tanzsonntage im Fürstentum Lübeck festhalten zu müssen; da sie ein wirksames Mittel zu der gebotenen Einschränkung dieser Tanzlaubkeiten ist, und zwar umso mehr, als in den beiden Fürstentümern beobachteten Teilen des Königreichs Preußen sowie in den ländlichen Bezirken des Freistaates Lübeck ähnliche Einschränkungen bestehen. Die Staatsregierung wird indessen, falls nach der Ansicht des Provinzialrats und der Gemeindevorstände, die hierüber gehörig werden sollen, eine Erleichterung der bestehenden Bestimmungen den allgemeinen Wünschen der Bevölkerung entsprechend, fernerhin entweder eine mäßige Vermehrung der Tanzsonntage, die gegenwärtig 17 beträgt, herbeiführen oder veranlassen, daß die Festsetzung der Tanzsonntage für mehrere Bezirke des Fürstentums, etwa für die drei Amtsgerichtsbezirke, verschieden erfolgt, wobei es sich allerdings nicht vermeiden läßt, daß einige zum Tanzen allgemein übliche Tage für die einzelnen Bezirke gemeinschaftlich festzusetzen sein würden. Wegen der Aufhebung des Tanzverbots in der Advents- und Fastenzeit nimmt die Staatsregierung auf ihre Erklärung im Landtag zu der gleichen Petition des Wirterverbands für das Herzogtum lediglich Bezug. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt beide Teile der Petition der Regierung zur Berücksichtigung. Eine Minderheit, die Abg. Zeigel und Luphorn (3), ist für Beibehaltung des Tanzverbots in der Advents- und Fastenzeit. — Also die Regierung ist bereit, nach Anhörung des Provinzialrats und der Gemeindvorstände, vorausgelegt, daß diese stimmen, in eine Prüfung betr. mäßige Vermehrung der Tanzsonntage einzutreten. Bezeichnend müssen wir allerdings, ob diese Körperschaften auch imstande sind, das Empfinden des Volkes zu Ausdruck zu bringen. Richtiger wäre es, man fragt das Volk selbst. Bezuglich des zweiten Teils der Petition rufen wir: weg mit diesen mittelalterlichen Bestimmungen! Hoffentlich wird sich die Mehrheit des Landtages für die Vorlage erklären, zumal die Regierung fortwährend betont, daß eine Finanzgemeinschaft nur auf Kosten des Herzogtums geschieht und ja auch tatsächlich die Fürstenhäuser nichts zu verlieren haben; denn wenn es einmal gilt, wirkliche Kulturaufgaben zu lösen, und deren sind es noch viele, so scheitern diese immer an unserem ungeringen Geldbeutel. Ein Vergleich der beiden Etats besagt dies schon allein. Außerdem erklärt auch die Regierung, daß die Fürstenhäuser dann selbstverständlich auch an den Eisenbahnbüchsen partizipieren. Die Minderheit erklärt nun, daß sie eine Vereinsfachung der Verwaltung nicht will auf Kosten der finanziellen Selbstständigkeit. Dabei ist erklärt worden, daß die Selbstverwaltung ausgebaut werden soll, denn bisher haben wir doch noch die Selbstverwaltung, nur auf dem Papier, und liegt es ja nur am Landtag bei Beratung der Vorlage die Selbstverwaltung der Fürstenhäuser möglich zu wählen. Darum weg mit diesem Kleinstaatwesen.

### Brieftaschen.

**W. W.** Wenden Sie sich zunächst an Ihre Organisation, ohne deren Zustimmung werden wir derartige schwerwiegende Schritte nicht unternehmen.

**J. A.** Wir können Ihnen nur raten, sich auf gütliche Weise mit dem jungen Mädchen auseinanderzusetzen.

**r. Reinold.** Wir haben beide Schreiben erhalten, doch müssen wir aus mancherlei Gründen von deren Veröffentlichung Abstand nehmen.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. Februar 1906.  
Der Schweinehandel verlief gut, zum Schluss etwas flauer.

Zugeführt wurden 3000 Stück, davon vom Norden — Süd, vom Süden — Süd. Preis: Sengschweine — Mt. 75—76, Versand-Schweine: schwere 75—76 Mt., leichte 75—76 Mt., Sauen 70—74 Mt. und Ferkel 72—74 Mt. pro 100 Pfund.

Ein kräftiger Junge geboren.  
F. Kreutzfeld und Frau.

## Social-Verband der Hafenarbeiter Lübeck

Am Montag den 26. dls. Mts. entschloß nach  
langer Krankheit unser Kollege

## Friedrich Schultz

Ehre seinem Andenken

### Der Vorstand.

Kollegen, welche sich an der Bestattung beteiligen wollen, bitten wir, am Donnerstag den 1. März, nachm. 2 Uhr, im Vereinshaus sich einzufinden.  
D. D.

## Zentral-Verband der Bananarbeiter (Bewegverein Lübeck.)

### Nachruf.

Am Montag den 26. Februar starb unser Kollege

### H. Wittfoth

ans Schluß im Alter von 32 Jahren.  
Ehre seinem Andenken.

Joachim Freitag im Gr. Niesau zu seinem morgigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.  
D. a. d. n.

zu vermieten zum 1. April  
ein Stall, Nähe des Schlachthauses.  
Näheres Friedenstraße 71.

Möbl. Zimmer an einen jg. Mann  
zu vermieten Hundestraße 37-39.

Forschungshlb. eine frdl. Wohnung  
zu vermieten, Preis 160 M.  
Eiswiggstraße 9b, I.

Zu vermieten 3 hübsche Damen- und 2  
Herren-Maskenanzüge, sauber und billig  
Altendorfstraße 36, I. (Haupttor).

2 hübsche Damen-Maskenanzüge  
zu vermieten Johannisstraße 63, I., §1

## Frauen

zum Ausdragen von Prospekten  
für den ganzen Tag bei gutem  
Bedienst gesucht. Meldungen täglich  
von 9-12 und 3-6 Uhr.

### Heinrich Raup

Untertrave 36, I.

### Zu Ostern:

## Lapezier-Lehrling. W. Stark, Möbelgeschäft.

### Züchter Steinmeier

schnell gesucht. Näheres Johannisstraße 29, I.

### Gesucht zu Ostern

## ein Barbierlehrling.

Näheres Rosenstraße 1.

Starkes Breunabor-Rad  
und ein Fahrrad 05 billig zu verkaufen  
Severinstadtstraße 55, I.

Zu verkaufen 2 pfl. Sporlarre, ein  
Studentenwagen und Feldschmiede  
Gegebestraße 25, I.

Ein Roman „Greya“, 3. Jahrg., billig  
zu verkaufen eb. zu vertauschen  
Arnimstraße 8a, pt.

Für Brautleute: Hoch. Divan, 2 engl.  
Sitzkissen, kompl. Reihe 10 Jahr. Garantie  
Glockengießerstraße 16, pt.

Eine Musiker-Geige zu verkaufen  
Rütingstraße 35, 1. Etage.

2 Betten u. 1 Kommode billig zu  
verkaufen. Galauerstraße 37.

Ein kleiner wohlsamer Hund  
zu verkaufen. Dornestraße 30.

Gr. Auktion  
am Donnerstag den 1. März 1906

vorw. 9½ Uhr u. nachm. 3½ Uhr  
Breitestraße 11 neben Haus-House  
über Schreib-Utensilien, gebr. Mobilien,  
Uhren u. s. w.

Auktionator Albert Mohrmann.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen,

Grimm's feinst. Doppelkümmel, Kummesser,  
Buntekuh-Kümmel  
empfiehlt zu billigsten Preisen.

Carl Grimm  
Wein- u. Spirituosenhandlung.  
Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. geschätzten Künstler und Notizen:  
Johannes Stellin - Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. geschätzten Künstler und Notizen: Paul Sonnenberg  
Zeitung: „Lübeck“ - Zeitung für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. geschätzten Künstler und Notizen: Paul Sonnenberg

## Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hierdurch die ergebene  
Anzeige, daß ich mit heutigem Tage die  
Möller'sche Wirtschaft „Zur Herrenbrücke“  
ränslich übernommen habe.

Indem ich bitte, das meinem Vorgänger erwiesene Wohlwollen auch auf mich über-  
tragen zu wollen, bitte um gütigen Zuspruch

hochachtungsvoll  
Joh. Schwarz.

## Das Beste für die Wäsche ist

## Dr. Thompson's Seifenpulver.

Marke Schwan.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

## Jungen Leuten

welche sich dem Seemannestande widmen wollen, empfehlen vollständige Ausrüstung.

### H. Prenzlau & Sohn, Untertrave 66/67.

## Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

### Einladung zum

## Winter - Vergnügen

verbunden mit Theater-Aufführung, Rezitationen und Ball

am Sonntag den 4. März 1906  
im „Vereinshaus“, Johannisstraße No. 50—52.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pig., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pig., wofür Garderobe.

### Das Komitee.

### Ferienfolonten.

Vergrößerung des Hauses in Travemünde.

3. Gabenverzeichnis.

Metallarbeiterverband 50 M. Verband d. Brauerei-  
arbeiter 10 M. F. 0 50 M. J. 0 50 M. Dr.  
med. F. 20 M. J. 20 M. J. C. F. 10 M.  
J. S. F. 10 M. Deb. der Lüb. Nachr. 5 M.  
Baugleich. G. S. Zimmerstr. 100 M. Oberl. S.  
2 M. Apfth. B. 5 M. Beugengeb. 2 M. Über-  
schuß a. e. Stiftung 171 M. Dr. med. L. 50 M.  
B. 10 M. S. 20 M. Apfth. P. 20 M. M. Ar-  
numstraße 50 M. S. 50 M. zusammen 606.— M.  
1. u. 2. Verzeichnis 2485 20 "

3091.20 M.

Um weitere Gaben wird freundlich gebeten.  
Der Vorstand.

Mit  
Wochenraten  
von 1 Mark  
an

## Möbel

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.-  
Röcke, Jackets, Kleiderstoffe,  
Wäsche, auch

### ohne Anzahlung

für alte Kunden, die ihr Konto beglichen  
haben.

### S. Sachs

Hüxstraße 41.

## Achtung Bauarbeiter!

### Mitglieder- Versammlung am Freitag den 2. März 1906

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Kartellbericht.

3. Erledigung einer wichtigen Angelegenheit.

4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

## Georg Behnck

### — Sarg-Magazin —

beichenwäsche.

### Warendorpstr. 4.

## Quartettverein Amicitia.

Bei der Tombola am Dienstag den 27. Februar sind folgende Nummern mit Gewinnen ge-  
zogen:

39 142 168 238 251 256 262

276 280 283 306 389 404 408

446 449 456 465 483 493 499

522 550 571 628 652 669 685

731 766 849 967 1019 1050 1061

1080 1084 1129 1164 1167 1192 1255

1256 1273 1313 1357 1416 1429 1448

1469 1484 1487 1505 1511 1523 1544

1564 1577 1596 1619 1629 1658 1760

1777 1784 1798 1806 1817 1870 1936

1940 1969 1973 2036 2046 2061 2084

2086 2113 2125 2130 2171 2192 2240

2264 2269 2358 2363 2387 2408 2421

2429 2468 2471 2483 2549 2556 2564

2575 2583 2737 2747 2760 2786 2808

2854 2871 2879 2895 2929 2946 2961

2964 2999 3017 3018 3019 3038 3044

3079 3106 3172 3173 3175 3180 3183

3197 3209 3241 3249 3283 3292 3311

3313 3325 3332 3355 3413 3439 3461

3481 3483 3491 3572 3577 3591 3596

3614 3658 3684 3709 3718 3831 3834

3852 3885 3905 3920 3941 3944

Die Gewinne sind am Donnerstag den 1. März

von 4 bis 8 Uhr abzuholen in Hesse's Ge-  
sellschaftshaus, Johannisstraße 25, später bei A. Räde-

ger, Fischergasse 66, I.

## Variété

## Universum

Heute:

Große Abschieds-Vorstellung.

Vom 1. März:

Vollständig neues Programm.

L. Puls.

## Empfehlungs-Karten

liefern prompt und sicher

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksteils.

## Wakenitz-Bellevue.

### Familien-Ball

am Donnerstag den 1. März 1906.

Um 11 Uhr Cottillon.

Ausgang 8 Uhr. H. Fürbörster.

## Hansa-Theater

Lübeck

Eigentümer und Direktor:

Fritz Rittscher.

Donnerstag, d. 1. März 1906

abends 7½ Uhr

## Eröffnungs- Vorstellung.

### KONZERT

vom Musikkorps des Infanterie-Regt.  
„Lübeck“ (8. Hanseatisch) No. 162

unter persönlicher Leitung des Königl.

Musikdire

# Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 50

Donnerstag, den 1. März 1906.

13. Jahrgang.

## Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerbeleben. Die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und Unternehmern des Lithographie- und Steinbruchgewerbes Deutschlands sind gescheitert.

Die Berliner Droschkenkutscher beschlossen, am gestrigen Dienstag die Arbeit niedergelegen und dieselbe erst Mittwoch früh wieder aufzunehmen. — Bei den Knappmachstädten. Wahlen in Bochum, Essen, Gladbeck und Aplerbeck legten die Abgeordneten des Alten Bergarbeiterverbandes über die Dienstigen des Christlichen Gewerbevereins. Nur in Bickhausen wurden die Gewerbevereinabgeordneten gewählt. — Die Karlsruher Schneidereihilfen und in einer Lokalbewegung eingetreten. — Ausgespielt wurden bei dem Schneidermeister Lüsch in Berlin sämtliche Schneider und Schneiderinnen. — Auf den Deutschen Glaswerken in Ichendorf (Bezirk Köln) befanden sich die Glasmacher wegen Misshandlung von Verbandsmitgliedern im Zustand. Die "Kritisch" Organisierten verließen Streikbruch. — In Wien stehen 160 Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter 40 Kinder der Betriebsgruppen Güterfabriken, in Streik. Zugang von Kindern und Wüstereinhabern nach Wien ist streng fernzuhalten. — Alle Maler, Kunstreicher und Lackiererhilfen Innsbrucks sind seit Sonnabend, den 24. d., ausgespiert. Die Meister unter Führung des Genossenschaftsstandes glauben, daß sie dadurch die von den organisierten Gehilfen geplante Wohnregulierung verhindern können. Die Innsbrucker Maler-, Kunstreicher- und Lackiererhilfen sind gut organisiert und werden den aufgezwungenen Kampf bis zum Ende manhaft durchführen.

Wenn Eisenbahner bitten wollen. Dass die Eisenbahngestellten in Preußen Staatsbürgers zweiter Klasse sind und auch nicht einen Schimmer von freiem Koalitions- und Versammlungsrecht besitzen, belernten ja gressen genug die jüngst bekannt gewordenen Machtpraktiken: das Essener Verbot der Teilnahme der Eisenbahner an den Protestversammlungen am 21. Januar und das Verbot der Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse in Elberfeld. Diese geplante Zusammenkunft schien den Machthabern der Eisenbahner besonders "gefährlich" erschienen zu sein, denn es ist überall den Arbeiterausschüssen untersagt worden, sich an der Elberfelder Konferenz zu beteiligen. Was Kinder, wenn die Ausschüsse nun die bisherige Rechtlichkeit wieder hervorbringen, um etwas zur Verbesserung der Lage der unteren Angestellten zu versuchen. Das "Recht" zu bitten steht aber auch nur den einzelnen Arbeitern zu, während man durch Sammlung von Unterschriften nicht bitten darf. Das schien hier und da die Arbeiterausschüsse vergessen zu haben, oder sie schienen sich auf die Versicherung Buddes zu verlassen, "die Arbeiter können sich bis an die höchsten Stellen wenden." In Erfurt hatten die Arbeiterausschüsse die fröhliche Ueberzeugung, daß eine formale Vorausbesetzung der unteren Angestellten notwendig sei. Sie wollten sich direkt an den Minister wenden, was sie eigentlich gar nicht durften. Sie empfingen auch bald eine Belehrung. Am 2. Februar früh 10 Uhr lief der Vorsteher der Eisenbahnbetriebswerkstatt "Kreis" A. bester ausgeschafft (11 Mark) zu sich hinzehören. In hochstillerem Autoritätsstolz las er ihnen das Verbot vor, das gegen eine geplante Versammlung der so wenigen "gefährlichen" Arbeiterausschüsse in Elberfeld von hoher Stelle erlassen worden war. Nach Bekanntgabe des Urteils befahl der Vorsteher, daß alle Männer ein Schriftstück unterschreiben, in welchem sie bestätigen, dieses Verbot gehört und verstanden zu haben. Ein Arbeiter erhob sich hierauf die Erlaubnis, aus der Rede seines "offiziösen" Vorgesetzten, des Minister d. Budde, vorlesen zu dürfen, die dieser im preußischen Landtag im März 1906 gehalten hatte. Der Arbeiter las nun aus der Rede, deren Wort-

laut er sich im Notizbuch sorgfältig aufgehoben hatte, folgendes:

v. Budde: "Geschicht einem Arbeiter Unrecht, so kann er sich bei den höchsten Stellen und bei mir beschweren."

Und weiter:

v. Budde: "Ich muß verlangen, daß die Männer, die als Eisenbahner arbeiten bei uns arbeiten, brave und ehrliche Männer sind, die frei heraus sagen, was sie wollen; dazu sind die Arbeiterausschüsse da."

Abg. Goldschmidt: "Dann werden sie bestraft"

v. Budde: "Nein, Herr Goldschmidt, dann werden die Arbeiter nicht bestraft!"

Nach diesen unerwarteten Feststellungen folgte zunächst ein peinliches Schweigen, das der Betriebschef mit folgenden farbenen "Erklärungen" brach:

"Ah, was! In einer Rede sagt man wohl manches und sonst etwas, was einem noch hergerent, oder was man sich nicht gleich überlegt hat."

Die Adelzberg war heimlich, die Arbeiterausschüsse belehrt. Sie wissen nun, daß sie nicht nur wie bisher rechlos in bezug auf freie oder gar wissenschaftliche Vereinigung sind, und doch sie auch nicht an öffentlichen Polizeiveranstaltungen teilnehmen dürfen, d. h. an solchen, die den Herren Befehl geben es nicht passen, sie haben es jetzt auch bestätigt gehört, daß sie sich nicht bei den "höchsten Stellen" und "bei BVR" beschweren oder mit einer unterstützten Stimme nähern dürfen!

**Verleumdung streikender Arbeiter.** Die bürgerliche Presse weiß blamartig bei jedem Streik allerlei Schauergeschichten von den Streikenden zu erzählen. Einen Beitrag zur Naturgeschichte solcher Schwundkinder lieferte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Külmbach. Als im vorigen Herbst durchstieß die Böttcher streikster, hielt es plötzlich die Streikenden hätten die Absicht, die Böttcherische Fässerfabrik anzugründen. Das Gericht ging auch in die Presse über und führte dazu, daß sogar politische Recherchen eingeleitet wurden. Einer der Streikenden namens B. h. wurde auf der Polizei verhört. Er erfuhr dann, daß dieses Gerücht von dem Böttcher-Schüler ausgegangen war, der dafür von dem Fässerfabrikanten Büttner einen Kaiser und einige Zigarren bekommen hatte. B. h. stellte Verdächtigkeitslage. Schübel wollte in der Verhandlung leugnen, wurde aber als Uzheber überführt. Nur mit Mühe auf die persönlichen Verhältnisse nahm der Richter den angebotenen Vergleich an, wonach jenes die Behauptungen mit diesem Bedauern zurücknahm, alle Kosten zu zahlt und 10 Mark in die Streikfalle der Böttcher beisteht. Achselhöher Ursprung haben viele obere Mäuerleichten, welche über lämpende Arbeiter in die Welt gesetzt werden.

**Sch. der Polizeiinspektor!** Ein selbst für preußische Polizeivertretungen ungewöhnlicher Vorwurf spielte sich am 1. Februar Sonnabend in Lüdenscheid ab. An diesem Tage tagte, nach der "Märk. Volksst.", in Lüdenscheid eine Mitglieder-Versammlung des Schuhmachersverbands. Bald der Versammlung war, die Zustände in der Schuhfabrik von Scheler zu erörtern. Zuhörten der Versammlung erschien der Werkführer und Geschäftsführer der Firma, um sich an den Beratungen zu beteiligen. So sehr eine Ansprache zu passieren, Gott auch willkommen ist, glaubte der Vereinsvorsitzende doch, auf die Teilnahme der ungeaderten Gäste verzichten zu müssen. Das war freilich leichter gesagt als getan, denn die Unwillkommenen leisteten der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, zunächst keine Folge, bis sie auf die Folgen anmerksam gemacht wurden, welche ein Haussiedersbruch für den Täter mit sich bringt.

**Sybil.**  
Sozialpolitischer Roman von Disraeli.  
Übersicht von Natalie Strickert.

24 Fortsetzung.

### Fünftes Kapitel.

Die Sommerabend-Dämmerung war in eine warme Nacht übergegangen, der junge, von Sternen begleitete Mond glänzte, gleich einer silbernen Sichel, am dunklen Himmel. Von all den leuchtenden Hirschaugen am Hesperus allein sichtbar. Ein lächelnder Wind, der den letzten Fuß der Sonne auf die Binnena mit sich trug, sächte die stillen, duftenden Erde. Die Straßen des Mondes beleuchteten das Dach und den Garten Gerard's. Rings herum breiteten sich die Blumen und Grasberge taufrisch, in das Mondlicht gehabt. Man konnte den kleinsten Weg bezeichnen, bei nahe jedes Blatt unterscheiden. Dann und wann kam ein Lufzug; die Nüllen murmelten in ihrem Schlaf und die Rosen schüttelten sich leise, als fürchteten sie, aus ihrem lichten Traume gerissen zu werden. Da waren Apfel, die mit Rabinen wetteiferten, Bären von Topas, eine ganze Ausstellung von Pfauen, einige purpur wie der Amethyst, andre blau und glänzend wie der Saphir; hier ein Saarabend und dort ein goldener Tautropfen, der leuchtete wie der gelbe Orient des Indischen Orients. Jeden — war es da weniger scha? Eine einfache Lampe verbreitete ein sanftes und aufreichendes Licht durch die Stube. Die Bibliothek Stefans Morley's war dort, aber die Bücher waren weit entfernt leer zu sein. Die Bücher, welche sie füllten, waren nicht von gewöhnlichem Charakter, viele reizjöse Werke, einige über Kirchengeschichte, ein Band oder zwei über christliche Kunst, mehrere unserer älteren Dramatiker, einige gute Ausgaben unserer alten Chroniken und viele Folio-bände mit Kirchenmusik — welch' letztere wirklich eine bemerkenswerte Sammlung bildeten. Dennoch war kein Musi-

instrument irgend welcher Art zu bemerken, und die einzige Veränderung in dem Zimmer Gerard's, seitdem wir es zum letzten Mal besuchten, war die Aussehenheit eines Ohrringes von antiker Form prachtvoll gestickt, und des Porträts eines Heiligen über dem Kamrin. Gerard sah den, das Kopf in die Hand gestützt, während er mit großer Freiheit seiner Tochter zuköpfte, die aus einem Buche vorlas und zu deren Fuß'n ihr treuer Hund lag.

"So heißtt Du, mein Vater", sagte Sybil lebhaft, ihr Buch niederlegend, "selbst damals war noch nicht Alles verloren"; der tapfere Graf zog sich über den Trest zu und Jahre und Regierungen vergingen, ehe dieser Teil der Insel die neuen Gezeuge und Gewohnheiten der Sieger annahm.

"Ich sehe es", antwortete ihr Vater, "und doch kann ich nicht umhin, zu wünschen, daß Harold —"

Hier sprang der Hund, da er seinen Namen hörte, plötzlich auf und ran nach Gerard, der ihn lächelnd streichelte und sagte: "Wir sprechen nicht vor Dir, gnier Freunde, aber von Deinem großen Namensvater; nun, man sagt ja, ein lebender Hund ist einen toten König wert."

"Ach, warum haben wir jetzt nicht einen solchen Mann, um das Volk zu schützen!" rief Sybil. "Wäre ich ein Fürst, ich würde keine andere Laufbahn, die mir so ruhmvoll erscheine."

"Aber Stefan sagt nein", erwiderte Gerard. "Er meint, daß diese großen Herren uns nichts nur als Werkzeuge gebraucht haben, und daß das Volk nie seine Rechte erlangen kann, bis es die geeigneten Kämpfer aus sich selbst hervorbringt."

"Aber Stefan liebt es nicht, die Vergangenheit zurück zu rufen", bemerkte Sybil mit einem kleinen Seufzer, "er willst die Zukunft zu schaffen."

"Die Vergangenheit ist ein Traum", sagte Gerard.

"Und was ist die Zukunft?" fragte Sybil.

"Ah, ich weiß es nicht, aber oft wünschte ich, die

könne. Doch erschienen die Ausgewiesenen wieder, und zwar in Begleitung eines Polizeidieners. Dieser Beamte stellte die neue juristische Theorie auf, daß in Versammlungen, in denen "öffentliche Angelegenheiten" erörtert würden, niemand der Befreiung verweigert werden dürfe. Ihm wurde darauf vom Vorsteher bedient, daß die Polizei zwar das Recht habe, die Versammlung zu überwachen, das aber im übrigen dem Vorsteher zustehe, ihm nicht gehemmten Personen die Tür zu weisen. Diese Lehre schien denn auch gesuchter zu haben, denn bald verließ der Polizei mit den beiden Eintrüglingen das Lokal, um nachher allein wiederzutreffen und die Versammlung zu überwachen. Doch plötzlich ward die Tür aufgerissen und ein Herr in Blau rief in den Saal hinein: "Wo ist der Bürgermeister?" Hinter dem Bürgermeister erhebt ein anderer Polizist. Der Vorsteher wendete den Herrn in Blau nunmehr auf, sich zu legitimieren, worauf dieser lachend behauptete, er sei Polizeiinspektor in Landsberg. Als dann der Unbekannte der wiederholten Anforderung, sich zu legitimieren, nicht Folge leistete, wurde er aufgefordert, das Lokal zu verlassen, wodrigfalls er sich des Haussiedersbruchs schuldig mache. "Ich habe die Versammlung auf," war die Antwort. Nun wurde dem Fremden erwidert, daß er sich ein Recht anmaße, das ihm als Privatperson nicht zustehe. Nachdem erwähnte der Richter ausführte: "Oh, ich, der Polizeiinspektor!" Dann freilich gab er doch dem ihm begleitenden Beamten den Befehl zur Auflösung der Versammlung. Der Befehl wurde prompt befolgt. Ja, "der Herr Polizeiinspektor" gab sogar seinen Untergebenen die Befehl, den Vorsteher zu verhaften. Diese Anordnung fiel freilich nicht auf Gehör. Es muß anerkannt werden, sagt die "Märk. Volksst.", daß die unteren Polizeiorgane sich bei der ganzen Affäre tatkräftig bewährt.

**Der königl. bayrische Sozialdemokrat Hierhager** ist aus dem Sozialdemokratischen Vereine in München ausgetreten. Damit ist die humorvolle Geschichte einer von Gerichts wegen zuverkannten Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen Partei zu Ende.

**Ausschluß aus der Partei.** Der frühere Leiter des Coronewitzer Korrumpervereins, Karl Bock in Leipzig, ist seiner Parteizugehörigkeit verlustig erklärt worden. Der Vorstand des Vereins "Borwärts", Leipzig-Süd, berichtete in der letzten Versammlung dieses Vereins, daß er dem Parteivorstande den Vorschlag gemacht habe, von der Bildung eines Scheidegerichts im Falle Bock abzusehen, da Bock sich durch seine Ungehorsame selbst außerhalb der Partei gestellt habe. Der Parteivorstand hat sich dieser Aufforderung angeschlossen; ebenso war auch die Versammlung des Vereins "Borwärts", Leipzig-Süd, mit der Abschaffung beider Faschisten einverstanden.

## Aus Nah und Fern.

Ziemlich toll müssen es im Bezirk Gumbinnen die Arbeiter mit der Saarprudnajme der Schuhindustrie zum Hüten gerettet haben. Denn zur Einschärfung dieses Gesetzes sieht sich die Regierung in Gumbinnen genötigt, ihre früheren Verfügungen über das Güterwesen in Erinnerung zu bringen. Sie erachtet dringend, die darin enthaltenen Bestimmungen auf das sorgfältigste zu beachten. Sie ordnet außerdem an, daß an granulosen Schuhflocken und an Schüller der Unterfuß Hütehelme unter einem Umhängetasche verabfolgt werden dürfen. Schüller der Mittelstufe dürfen Erlaubnisscheine zum Hüten nur dann erhalten, wenn sie die Kenntnisse dieser Stufe besitzen, was aber nicht der Fall sei, würde, wenn sie nicht mindestens ein Jahr der Mittelstufe angehört haben. Sollten diese Vorstufen nicht befolgt werden, so würde die Regierung sich veranlaßt sehen, die zu Unrecht erteilten Hütehelme wieder zurückzuziehen.

**Schicht von Hastings** (In der die Angelsachsen unter Harold von den Normannen unter Wilhelm dem Eroberer besiegt wurden.) wurde noch einmal geschlagen und ich könnte dabei dabei sein!"

"Ah, mein Vater," erwiderte Sybil mit einem trüben Lächeln, "die physische Gewalt (Physical force) und moralische Gewalt (moral force) — waren die zwei Schlegelwörter, welche sich in der englischen Arbeitersbewegung der 30er und 40er Jahre gegenüber standen. Die Chartisten spalteten sich schließlich in moral force men und physical force men (Männer der moralischen und Männer der physischen Gewalt) ist immer dein Heilmittel; selbst Stefan ist gegen physische Gewalt, trotz all seiner seltsamen Phantasien."

"Alles sehr wahr," meinte Gerard, gutmütig lächelnd; "aber wie dem immer sei, als ich vor wenigen Tagen nach Haus kam, etwas auf der Bühne stehen blieb und mein Bild im Fluß sah, kourte ich nicht umhin, zu denken, diese Gliedmasse passen ehr dazu, daß ich ein Schwert schwinge oder einen Bogen spanne, als daß ich Weberschiffchen oder Spindeln beachtigte."

"Wer mit dem Weberschiffchen und der Spindel können wir unsere Waffe verteidigen," sagte Sybil lebhaft, "wenn wir nur die Geister herauholen könnten, die solch' friedliche Waffen gebrauchen. O, mein Vater, ich glaube, die moralische Gewalt ist unübersteiglich, wohin sollen wir sonst zur Hoffnung blicken?"

Gerard schüttelte den Kopf mit seinem gewohnten gutmütigen Lächeln.

"Ah," lagte er, "was können wir tun? Sie haben das Land, und das Land regiert uns. Die Normannen wußten das, Sybil, wie Du gerade sagst. Ja wenn wir unsere Rechte hätten, dann könnte man vielleicht etwas tun, aber ich weiß nicht, ich glaube, wenn ich unser Land wieder hätte, würde ich eben so schlecht sein, wie die andern."

"D nein, mein Vater!" rief Sybil mit Nachdruck;

